



Informationen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe des Kantons Solothurn

*Geschäftsstelle: Andreas Gasche · Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband · Hans Huber-Strasse 38 · 4500 Solothurn
Telefon 032 624 4 624 · Mobile 079 629 02 44 · andreas.gasche@kgv-so.ch · www.wirtschaftspolitik-so.ch*

Sonderbulletin intern Stellungnahme zu den Geschäften der bevorstehenden Kantonsratssession, Ausformulierung des Geschäftes 49. AD 222/2021 Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Bei Härtefallentschädigung alle Unternehmen gleichbehandeln.

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe hat an seiner Vorstandssitzung vom 29. November 2021 die wirtschaftsrelevanten Geschäfte¹ für die bevorstehende VII. Kantonsrats-Session vom 7./8. & 15. Dezember 2021 beraten. Beim Geschäft AD 222/2021 lag die Antwort des Regierungsrates zum Zeitpunkt der Vorstandssitzung noch nicht vor. Aus diesem Grund versprach der Vorstand eine fundierte Stellungnahme zu einem späteren Zeitpunkt nachreichen. In diesem Sonderbulletin wurde nur der Wortlaut des Geschäftes 49 geändert. Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Session.

- /// 08. SGB 190/2021: Mehrjahresplanung ab 2022 „Hochbau“; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2022 (Investitionsrechnung)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft zuzustimmen.

Begründung: Die Investitionen sind aus der Sicht des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe W + G sinnvoll und verhältnismässig.

- /// 09. SGB 170/2021: Mehrjahresplanung ab 2022 „Strassenbau“; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2022 (Investitionsrechnung)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft zuzustimmen.

Begründung: Die Investitionen sind aus der Sicht des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe W + G sinnvoll und verhältnismässig.

- /// 10. SGB 169/2021: Mehrjahresplanung ab 2022 „Wasserbau“; Rechenschaftsbericht über die Projekte (Investitionsrechnung)

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, dem Geschäft zuzustimmen.

¹ Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe behandelt in erster Linie Sachgeschäfte, Rechtsetzungsgeschäfte und Aufträge. Der Vorstand nimmt in der Regel keine Stellung zu Interpellationen.

Begründung: Die Investitionen sind aus der Sicht des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe W + G sinnvoll und verhältnismässig.

- 34. RG 157/2021: Änderung des Gesetzes über die Gebäudeversicherung, Brandverhütung, Feuerwehr und Elementarschadenhilfe (Gebäudeversicherungsgesetz; GVG)**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, der Teilrevision zuzustimmen.

Begründung: Grundsätzlich ist es aus der Sicht des Gewerbes und der Industrie unschön, wenn der Staat Aufgaben wahrnimmt, die in der Privatwirtschaft mit der gleichen oder einer besseren Effizienz wahrgenommen werden können. Es gibt auch im Kanton Solothurn Anbieter von Feuerwehrbedarfsartikeln.

Im vorliegenden Fall handelt es sich um ein Nischenprodukt. Die zentrale Beschaffung über die Solothurnische Gebäudeversicherung oder über einen Dritten ist sinnvoll und wird nachdrücklich von den Gemeinden so gewünscht. Aus diesem Grund kann auch die grosse Mehrheit des Vorstandes der PG W + G der Teilrevision zustimmen.

Der Vorstand der PG W+ G macht die Führung der SGV und die Verwaltungskommission darauf aufmerksam, dass die Anbieter aus dem Kanton Solothurn zu durchaus konkurrenzfähigen Preisen am Markt auftreten. Im Weiteren erlauben die kürzlich vom Kantonsrat beschlossenen Änderungen des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen, nebst dem Preis auch die Qualität, die Nachhaltigkeit und weitere Kriterien wie die Verlässlichkeit des Preises und die Preisniveaunklausel anzuwenden.

- 42. A 112/2021, Auftrag Anna Engeler (Grüne, Olten): Sicherstellung einer Alternative zur Nutzung der SwissID für den Zugriff auf elektronische Dienstleistungen im Kanton Solothurn**

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand empfiehlt dem Kantonsrat, den Auftrag nicht erheblich zu erklären.

Begründung: Der Bund hat kürzlich einen neuen Anlauf genommen und eine öffentliche Konsultation in Sachen SwissID lanciert. Die Sicherstellung einer Alternative auf kantonaler Ebene ist eine zu grosse Aufgabe für den Kanton.

49. AD 222/2021, Dringlicher Auftrag Stephanie Ritschard (SVP, Riedholz): Bei Härtefallentschädigung alle Unternehmen gleichbehandeln

Der Vorstand der Gruppe W + G nimmt wie folgt Stellung:

Der Vorstand der PG W + G empfiehlt dem Kantonsrat einstimmig dem von KR Ritschard abgeänderten Wortlaut zuzustimmen. Die Antwort des Regierungsrates ist aus der Sicht des Vorstandes der PG W + G unbefriedigend. Sie nimmt keinen Bezug auf die Fragestellung von KR Ritschard.

Begründung: Der Vorstand der PG W + G hat sich lange und intensiv mit dem Dringlichen Auftrag von KR Stephanie Ritschard auseinandergesetzt.

Der Vorstoss behandelt das Thema «Gleichbehandlung bei Härtefällen». Der Vorstand der PG W + G findet das Anliegen legitim. Gleichzeitig nimmt der Vorstand auch zur Kenntnis, dass der Bund bei Firmen mit einem Umsatz von mehr als 5 Mio. Franken die Härtefallentschädigung ausrichtet. Bei Firmen mit einem Umsatz von weniger als 5 Mio. Franken sind der Bund und der Kanton in der Pflicht. Wenn der Kanton noch einmal ein Fenster öffnen würde, müsste der Kanton die Kosten allein tragen.

KR Stephanie Ritschard hat nun den Vorstosstext derart abgeändert, dass der Kanton das Fenster für die Betriebe mit einem Umsatz unter 5 Mio. Franken nur öffnet, wenn der Bund sich an den Kosten beteiligt. Diesem Wortlaut kann der Vorstand der PG W + G zustimmen und er empfiehlt den Kantonsrätinnen und Kantonsräten, die ebenfalls zu tun.

Wir schlagen vor, ähnlich wie bei den grösseren Betrieben vor Ende Jahr noch einmal ein Zeitfenster von 14 Tagen für Firmen mit einem Umsatz unter 5 Mio. Franken zu öffnen, die wegen der Branchenbeschränkung bislang nicht berücksichtigt werden konnten.

FAZIT: Liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte, stimmen Sie im Sinne der Gleichbehandlung dem von KR Stephanie Ritschard abgeänderten Wortlaut zu.

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche und konstruktive Session und eine wunderschöne Adventszeit, ein geruhames Jahresende und danach einen guten Start ins 2022.

Wir danken Ihnen für Ihre Arbeit als Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Sie haben auch im vergangenen Jahr einige wichtige Geschäfte behandelt und verabschiedet.

Andreas Gasche, Geschäftsführer